

DIE ZWEITE REVOLTE AM ÖRESUND



Ausgang des „Freistaat Christiania“: Autonomes Gebiet mit eigenen Regeln

In seiner Neujahrsansprache vom Jahr 2002 kündigte der neu gewählte dänische Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen der aus seiner Sicht „linken Meinungstyrannie“ den Kampf an. Doch längst nicht alle Dänen sind mit dem neokonservativen Kurs der Rechtsregierung einverstanden. Spätestens seit dem Abriss des alternativen Jugendzentrums „Ungdomshuset“ in Kopenhagen vor gut einem Jahr formiert sich eine neue kritische Jugendbewegung. Die jungen Leute verteidigen Normen und Werte, die ihre Eltern in den Jahren nach 1968 erstritten haben.

Von Ebbe Volquardsen

Als der junge Politaktivist Jacob Ludvigsen im September 1971 den Freistaat Christiania auf einem verlassenen Kasernengelände im Kopenhagener Hafen ausrief, war die studentische Protestbewegung auch in Dänemark bereits in vollem Gange. Im April 1968 hatten rund 100 Psychologiestudenten Teile der Kopenhagener Universität besetzt, um gegen die hierarchischen Strukturen innerhalb des Hochschulsystems zu protestieren. Dem Studenten Finn Ejnar Madsen gelang es gar, während des jährlichen Universitätsfests das Rednerpult zu erobern und in Anwesenheit der Königsfamilie eine flammende Rede gegen die Klassengesellschaft zu halten.

So gesehen kann auch in Dänemark das Jahr 1968 als Geburtsstunde der Studentenbewegung gesehen werden, die zeitgleich in den USA und in großen Teilen Europas eine ganze Generation politisierte. Dennoch wird in Dänemark nur selten von „den 68ern“ gesprochen. Ein Grund dafür mag sein, dass die entscheidenden Ereignisse des dänischen „Jugendaufbruchs“, wie die Bewegung in der dänischen Sprache zumeist bezeichnet wird, einige Jahre später stattfanden.

Stark vom Woodstock-Geist inspiriert zogen im Sommer 1970 tausende vor allem aus der Hauptstadt stammende junge Leute nach Thy, einem entlegenen Landstrich im nördlichen Jütland, um das erste dänische Rockfestival zu besuchen. Viele blieben, lebten fortan eine Art Kommunenleben in der freien Natur und huldigten dem einfachen Lebensstil und der freien Sexualmoral.

Das bedeutendste Ereignis innerhalb der dänischen Bewegung ist jedoch die Besetzung der Kopenhagener „Bådmandsstrædes Kaserne“ im

September 1971, die bis heute weit über die Grenzen Dänemarks hinaus unter dem Namen „Freistaat Christiania“ bekannt ist. Die Christianiter, wie sich die Bewohner des Areals nennen, betrachten ihren Freistaat als ein autonomes Gebiet mit eigenen Regeln und Gesetzen. Obwohl das Gelände immer noch dem Staat Dänemark gehört, wurde das bunte Treiben in dem naturschön gelegenen Alternatividyll von offizieller Seite rund 30 Jahre lang toleriert. Die Bewohner errichteten eigene Häuser, die seither Architekten aus aller Welt inspiriert haben. Werkstätten, Lokale und Geschäfte wurden eröffnet. Weltweite berühmt ist der Freistaat nicht zuletzt deswegen, weil bis vor kurzem der Verkauf von Cannabis auf dem Gelände toleriert wurde. Christiania gilt als eine der beliebtesten Tourismusattraktionen der dänischen Hauptstadt und hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Dänemark über Jahrzehnte hinweg in weiten Teilen der Welt als besonders liberales Land wahrgenommen wurde. Und auch manch ein Kopenhagener, der sich nicht unbedingt zur linken Szene zählen würde, genießt insgeheim Spaziergänge auf dem naturbelassenen Uferareal inmitten der Großstadt.

37 Jahre nach der Besetzung der Kaserne ist es nicht mehr vorrangig der liberale Umgang mit alternativen Freiräumen wie Christiania, der das Bild vom politischen Dänemark prägt. Brennende Dänenflaggen und Botschaften in den arabischen Ländern haben sich in den Vordergrund gedrängt. Doch es wäre zu kurz gegriffen, diese Geschehnisse lediglich als Protest gegen die provokanten Mohammed-Karikaturen einer dänischen Tageszeitung zu interpretieren. Die politische Kultur des einst liberalen Musterlandes im

Norden befindet sich spätestens seit der Parlamentswahl von 2001 im radikalen Wandel.

Nur wenige Monate nach seiner Wahl blies Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen, dessen rechtsliberal-konservative Minderheitsregierung sich seither auf die Stimmen der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei stützt, zum Kulturkampf. Damit ist nicht nur die Auseinandersetzung mit der muslimischen Minderheit im Land gemeint, die sich nach Verabschiedung des europaweit restriktivsten Zuwanderungsgesetzes sowie der Etablierung immer härterer und zuweilen offen rassistischer Debatten in Teilen zunehmend radikal gebärt. Vielmehr bemüht sich der Regierungschef des über Jahrzehnte hinweg sozialdemokratisch geprägten Dänemarks, die seiner Ansicht nach linkslastige Bildungselite zu einer grundsätzlichen Wertedebatte herauszufordern.

Ein Freiraum wie Christiania findet keinen Platz im Kulturverständnis der Rechtsregierung. Durch intensive Razzien wurde der laxen Drogenpolitik der Christianiter ein Riegel vorgeschoben. Auch die Existenzberechtigung des gesamten Projekts wurde immer wieder in Frage gestellt. Bald schon werden die ersten Häuser auf dem besetzten Kasernengelände neuen Appartements mit Meeresblick weichen.

In einer Linie mit der Christiania-Politik der dänischen Regierung steht der Abriss des Kopenhagener Jugendzentrums „Ungdomshuset“ vor gut einem Jahr. Wie Christiania war auch das „Ungdomshuset“ eine der Institutionen linker Alternativkultur in Dänemark. Auch in den deutschen Nachrichten wurde ausführlich über die manchmal gewalttätigen Proteste im Zusammenhang mit der Räu-

mung berichtet. In der Tat lieferten sich junge Leute aus der autonomen Szene mehrere Tage in Folge Straßenschlachten mit der Polizei. Was angesichts der Bilder von brennenden Autos und zerschmetterten Schaufenstern zumeist übersehen wurde, waren die vielen friedlich demonstrierenden Menschen, die in jenen Tagen ihrer Unzufriedenheit nicht nur mit der Räumung, sondern mit der gesamten politischen Situation zum Ausdruck brachten. Der Abriss des „Ungdomshuset“ ist somit lediglich als Auslöser, nicht jedoch als Ursache für das Aufkeimen dieser neuen Jugendbewegung zu bewerten.

Es wird vermutet, dass die gewalttätigen Ausschreitungen im Zuge der Räumung manchem dänischen Innenpolitiker nicht ungelegen kamen. Auf diese Weise war es möglich, die Demonstranten als chaotische Krawallmacher abzustempeln, derer man schnell Herr werden musste. Doch die friedlichen Proteste dauerten an. So sah man auch in den folgenden Wochen 15-jährige Jugendliche Seit an Seit mit ihren Eltern für mehr kommunale Mitbestimmung und kulturelle Freiräume demonstrieren.

Ein gutes Jahr nach den Demonstrationen für das „Ungdomshuset“ ist festzustellen, dass die dänische Jugend, wie schon einmal vor 40 Jahren, politisiert ist. Nach sieben Jahren nationalkonservativer Kulturpolitik scheint es, als sähen viele junge Leute den liberalen Zeitgeist, für den ihre Eltern in den Jahren nach 1968 auf die Straße gingen, in Gefahr. Viele sind offenbar bereit, die damals erstrittenen Werte zu verteidigen. Die oftmals beklagte Politikverdrossenheit der Jugend ist zumindest in Dänemark zu einem Kapitel in den Geschichtsbüchern geworden.